

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/80

Bad Godesberg, den 27. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Ein langer Weg liegt vor uns

70

Immer wieder muß drohende Isolierung überwunden werden

3

Konzertierte Interessen

48

Gemeinschaftsaufgaben bleiben auf der Tagesordnung

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

4 - 6

Die Sorgen Israels

39

Vom Friedenszustand noch weit entfernt

Von Egon G. Heinrich

Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift !

532 · Bad Godesberg, Kölinerstraße 108-112, VorwärtsHaus
Telefon: 76617 / 76618 - Telex: NVVD 0885603

Ein langer Weg liegt vor uns

Immer wieder muß drohende Isolierung überwunden werden.

ep - Die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik ist noch nicht gebannt. Gewiß, die Große Koalition hat das Verhältnis zu Frankreich wieder in Ordnung gebracht und der Umgang mit den Vereinigten Staaten erfolgt unter normalen Begleiterscheinungen; man sagt sich gegenseitig, was einem nicht gefällt und wo einem der Schuh drückt. Die USA zeigen sich Argumenten und Einwänden zugänglich, wie die lange noch nicht abgeschlossene Diskussion um den Atomsperrvertrag beweist, dessen Problematik durch die Bundestagsdebatte am Donnerstag nunmehr durchsichtiger geworden ist. Außerdem versprochen die USA ein besseres Verhalten, sie sicherten Bonn ständige und volle Konsultation zu; nichts soll von einem Partner geschehen oder veranlaßt werden, von dem der andere Partner nichts weiß oder erfährt. Wird dieser löbliche Grundsatz eingehalten, lassen sich viel Verdruß und viele Mißverständnisse vermeiden, die in der jüngsten Vergangenheit manchen dunklen Schatten auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen warfen.

Der Tod von Adenauer und die Trauer um ihn bewegten die Gefühle vieler Völker. Die Großen der nichtkommunistischen Welt verneigten ihr Haupt vor der Bahre dieses Mannes, der so entscheidend die deutsche Nachkriegszeit prägte. Es wäre jedoch ein Trugschluß, diese bezeugten Sympathien auf die ganze Bundesrepublik zu übertragen. Sie galt dem Manne und seiner Leistung. Die Eisdecke des Vertrauens zu den Deutschen ist nicht so stark, wie viele annehmen. Es gibt manche Reservationen und manches tief verwurzelte Mißtrauen, weniger bei den uns verbündeten und befreundeten Regierungen als vielmehr bei den Völkern, in denen die Erinnerung an die Zeit des "Tausendjährigen Reiches" noch lebendig ist. Das betonte "Wir sind wieder wer, wir haben Geltung in der Welt" weckt mancherorts unguete Gefühle. Etwas mehr Bescheidenheit - nicht gleichzusetzen mit Würdelosigkeit - täte gut.

Die Sorge um die Erhaltung und Sicherung des Friedens löst die tiefsten Empfindungen aus, das deutsche Problem ist darin einbezogen. Die dauernde Berieselung durch eine einseitige Propaganda, die Bundesrepublik sei "ein Volk von Revanchisten und Militaristen" bleibt nicht ohne Wirkung auf unbedarfte Gemüter. Das soeben in Karlsbad von den dort versammelten kommunistischen Parteien wiederholte Verlangen nach Einberu-

fung einer europäischen Sicherheitskonferenz findet zum Teil auch in der westlichen Welt Resonanz, was freilich nicht bedeutet, daß sie sich mit den Elementen einer Friedensordnung, wie sich diese die Kommunisten vorstellen, identifiziert. Die Diskussion steckt zwar noch im Anfang, doch sie dürfte in absehbarer Zeit weite Ausmaße annehmen.

Die Bundesrepublik hat sich schon durch die Regierungserklärung der Großen Koalition in diesen nun beginnenden Dialog eingeschaltet und durch ihr Angebot eines modus vivendi mit dem anderen Teil Deutschlands einen wertvollen Beitrag geliefert. Die Reaktion darauf in den Ostblockstaaten war unterschiedlich, am kältesten und härtesten in Ostberlin, Warschau und Moskau. Offensichtlich herrscht hier noch das Bestreben und die Erreichung des strategischen Zieles vor, die Bundesrepublik vor der ganzen Welt auf die Anklagebank zu setzen.

Die kommenden Monate und Jahre dürften im Zeichen dieser verstärkten Bemühungen stehen. Hat der Westen insgesamt eine Antwort darauf? Als einzig wirksame Abwehrwaffe der Bundesrepublik erweist sich die Redlichkeit ihres Wollens durch die unzweideutig eine den Frieden erhaltende und sichernde Politik, die ein geregeltes Nebeneinander mit dem anderen Teil Deutschlands einbeziehen. Dafür gilt es, viele Freunde zu gewinnen. Die öffentliche Meinung Europas muß davon überzeugt werden, daß die Bundesregierung, getragen von der übergroßen Mehrheit unseres Volkes, den Brückenschlag zu allen unseren Nachbarn erstrebt, daß sie niemanden isolieren und aus dem Bündnissystem, dem er verhaftet ist, herauslösen will.

Der Wandel, der seit dem 13. Dezember 1966 in der deutschen Ostpolitik sichtbar geworden ist und auch in einem geänderten Vokabular seinen Niederschlag gefunden hat, dient der Weiterentwicklung bisher gemachter Vorschläge im Rahmen des Erreichbaren und Notwendigen. Ein stetiges, unbeirrbares Verlangen auf innerdeutsche Regelungen, die das Leben der Menschen erleichtern, ohne den Teil Deutschlands, in dem sie leben, zu demütigen, und die erklärte Bereitschaft der Bundesregierung, Anregungen und Gedanken auch von kommunistischen Ländern zu akzeptieren, sofern sie der Friedenssicherung dienen und keine Diskriminierung der Bundesrepublik bedeuten, wird auf die Dauer Früchte tragen. Es ist dies ein langer Weg, vor dem wir stehen; er verlangt Geduld, Ausdauer und Einfallsreichtum.

Konzertierte Interessen

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Der Zwang zur Sparsamkeit bei den öffentlichen Haushalten, vor allem auch in Bonn, und die gleichzeitige Notwendigkeit, mit Investitionsspritzen der öffentlichen Hand die Wirtschaft zu beleben, hat die Bundesregierung und die großen Verbände vor eine neue Lage gestellt. Es gelang Bundeswirtschaftsminister Schiller, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einen Tisch zu bringen und sie zu Partnern seiner konzertierten Aktion zu machen. Darüber, was damit praktisch gemeint ist, besteht allerdings offensichtlich bei den Sozialpartnern noch keine letzte Klarheit.

Unter dem Druck der öffentlichen Sparsamkeit rücken die Verbände der Bauern, der Beamten und der Hausbesitzer zusammen und beraten, wie sie doch noch zu einem größeren Stück des Kuchens kommen könnten. Offenbar fällt es den Verbänden schwer, sich vorzustellen, daß die Zeit, in der bei uns die Interessen addiert, aber nicht integriert wurden, vorbei ist. Kein großer Interessenverband sollte sich jedoch der Illusion hingeben, man könne einerseits der Bundesregierung seine Bereitschaft zur Mitarbeit erklären und gleichzeitig öffentlich Lärm schlagen, etwa um die eigenen Anhänger zu besänftigen.

Die Arbeitnehmer müssen heute in erster Linie an der Erhaltung der Vollbeschäftigung, an ihrem Arbeitsplatz also, interessiert sein. Voraussetzung dazu ist eine Ankurbelung unserer Wirtschaft und die Überwindung der strukturellen Schwierigkeiten vor allem im Ruhrgebiet. Die Beamten wiederum hätten nichts davon, wenn sich die Preis- und Lohnspirale erneut in Bewegung setzte. Die Bauern schließlich können nicht daran interessiert sein, auf Kosten des Gemeinwohls eine Sonderbehandlung zu ertragen. Man wundert sich nur, daß die Präsidenten großer Verbände ihren Mitgliedern oft weniger gesunden Menschenverstand zutrauen, als sie tatsächlich haben.

Das Ziel einer auf Stabilität und Wachstum gerichteten Wirtschafts- und Haushaltspolitik ist kurzfristig eine Belebung der Wirtschaft; langfristig geht es darum, den finanziellen Spielraum des Staates auf den Ebenen der Gemeinden, der Länder und des Bundes für Investitionen zugunsten der großen Gemeinschaftsaufgaben in Bildung und Wissenschaft, im Gesundheitswesen, im Verkehr, bei der Sorge für die Alten wieder zu erweitern. Sparsamkeit der öffentlichen Hand bei Konsumausgaben und Erhöhung der Wirtschaftseffektivität sind Voraussetzungen dafür. Eine klare politische Rangordnung zugunsten der Gemeinschaftsaufgaben muß jedoch hinzukommen.

Wenn nicht alles täuscht, wird diese letzte Frage das innenpolitische Hauptproblem der nächsten Bundestagswahl werden. Die SPD jedenfalls hat ihr Konzept der Gemeinschaftsaufgaben nicht aufgegeben, sondern in die neue Bundesregierung eingebracht. Die traurige Erbschaft der Regierung Erhard zwingt diese neue Bundesregierung zur Zurückhaltung. Die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben bleibt jedoch die einzige zeitgemäße Form einer Politik, die zu einem größeren Maß an sozialer Gerechtigkeit führt und es zugleich vermeidet, daß die öffentlichen Lasten einseitig auf die sozial schwachen Schichten abgewälzt werden.

Die Sorgen Israels

Vom Friedenszustand noch weit entfernt

Von Egon C. Heinrich

Es vergeht kaum ein Tag, an dem wir nicht von Grenzzwischenfällen, Schießereien, Sabotageakten oder Vergeltungsaktionen an der syrisch-israelischen Grenze hören. Die eintägigen Kampfhandlungen am Südostufer des Sees Genezareth und die Luftkämpfe über Damaskus Anfang April haben der Weltöffentlichkeit wieder einmal gezeigt, daß der Nahe Osten vom Friedenszustand noch weit entfernt ist. Die seit der israelischen Staatsgründung im Jahre 1948 bestehenden israelisch-arabischen Gegensätze können eigentlich jeden Tag wieder in einen offenen kriegerischen Konflikt ausarten. Die militärische Überlegenheit Israels einerseits und die Uneinigkeit und Feindschaft unter den arabischen Staaten selbst machen einen neuen Palästina-Krieg vorerst unwahrscheinlich. Zum Hauptstörfried hat sich seit der Machtübernahme der Baath-Partei vor einem Jahr Syrien entwickelt. Die in Syrien ausgebildeten Guerillas der Palästina-sensischen Befreiungsorganisation unternehmen ihre Sabotageakte oft von Jordanien aus, um die israelisch-jordanischen Beziehungen zu stören und die innenpolitische Stellung König Husseins zu unterminieren. An der libanesischen, jordanischen und ägyptischen Grenze Israels ist es ansonsten verhältnismäßig ruhig. Ägyptens Staatspräsident Nasser ist zur Zeit im Jemen und in Aden engagiert. Von dort aus kann die Einfahrt zum Roten Meer und damit zum israelischen Hafen Eilat kontrolliert werden. Sollte es Nasser und damit der Sowjetunion gelingen, Aden in ihre Hand zu bekommen, so ist ein neuer Konflikt mit Israel durchaus möglich.

Hoffnungen auf die EWG

Neben dieser ständigen Existenzbedrohung von außen hat das 2,5 Millionen-Volk Israels zur Zeit noch mit großen innenpolitischen Aufgaben fertig zu werden. Da ist einmal eine Wirtschaftskrise, die zu größerer Arbeitslosigkeit, vor allem in den Entwicklungsgebieten des nördlichen Negev, geführt hat. Selbst bei den Diamantenschleifereien, den wichtigsten Devisenbringern Israels, mußten Entlassungen vorgenommen werden. Rezession und Arbeitslosigkeit sind nun nicht auf eine zu hohe, sondern im Gegenteil auf das Ausbleiben einer weiteren Einwanderungswelle zurückzuführen. Die nachlassende Baukonjunktur hat auf die anderen Wirtschaftszweige ausgestrahlt. Weitere Ursachen sind die relativ starken Lohnerhöhungen und die erschwerten Exportchancen für israelische Südfrüchte durch die protektionistische Einfuhrpolitik der EWG. Große Hoffnungen setzt man daher in Israel auf eine Assoziation mit dem Gemeinsamen Markt und auf die Einwanderung der drei Millionen in der Sowjetunion festgehaltenen Juden. Verschiedene Beobachter messen der Eingliederung und Assimilierung der etwa 1,5 Millionen aus afrosiasischen Staaten eingewanderten Juden die größte Bedeutung für die Zukunft des israelischen Staates bei. Menschen der verschiedensten Herkunft, Sprache, Lebensart, Bildung und Ausbildungsstufe - meist nur durch eine gemeinsame Religion verbunden - müssen zu einer Nation ge-

formt werden. Daneben gibt es in Israel 280 000 mohammedanische Araber und 50 000 Christen, alles israelische Staatsbürger.

Israelis und Deutsche

Allein diese Skala aktueller israelischer Probleme zeigt, daß die deutsche Frage zur Zeit nicht im Mittelpunkt der israelischen Politik steht, zumindest nicht der offiziellen Politik. Die orientalischen Juden stehen dem jüdisch-deutschen Verhältnis ohnehin indifferent gegenüber. Für die europäischen und amerikanischen Juden, selbst für die deutschlandfreundlichen unter ihnen ist ein Gespräch mit jedem Deutschen aber nur auf der Basis des furchtbaren Erbes der Vergangenheit und im Bewußtsein der moralischen Verantwortung der Deutschen für die Ermordung von einem Drittel des jüdischen Volkes möglich. Für sie gibt es vorläufig keine "normalen" Beziehungen zu Deutschland wie zu vielen anderen Ländern.

Daran konnte auch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten im August 1965 nichts ändern. Gleichwohl haben sich seither die Beziehungen und das Klima wesentlich, fast erstaunlich gebessert. Entkrampfung und Auflockerung gegenüber Deutschland und den Deutschen sind fast überall in Israel zu spüren. Was vor zwei bis drei Jahren in den Beziehungen noch undenkbar gewesen wäre, ist heute fast schon selbstverständlich. Vor allem auf den praktischen Gebieten der Zusammenarbeit in Kultur, Wirtschaft und Information wurden große Fortschritte erzielt. Der Prozeß der "Normalisierung" vollzieht sich in diesen Bereichen in raschem Tempo. Im israelischen Außenministerium ist man der Auffassung, daß in den 18 Monaten seit Austausch der Botschafter mehr erreicht wurde, als in den 18 Jahren zuvor. Viele Juden, die früher noch jedes Gespräch mit Deutschen ablehnten, sind heute zu Kontakten und zur Zusammenarbeit bereit. So werden in den letzten Jahren vor allem auch von im Lande geborenen Israeli - den sogenannten Sabres - Gruppen und Gesellschaften mit dem Ziel der deutsch-israelischen Verständigung gebildet. Sie wollen auf diese Weise die Kontakte verbietenden Mehrheitsbeschlüsse an den Universitäten Israels umgehen. Unter den deutschsprachigen Einwanderern, die vor dem Hitlerterror ins Land kamen, besteht ohnehin eine große Sympathie für deutsche Kultur und Wirtschaft.

Nach dem äußerst erfolgreich verlaufenen Besuch von Günter Grass sucht man nun, für Heinrich Böll und den Sänger Dietrich-Fischer-Dieskau Israel-Besuche zu organisieren. Ein weiteres Beispiel: die Regierung in Jerusalem hat eben beschlossen, das Aufführungsverbot für deutsche Filme in Israel aufzuheben. Auch die Bereitschaft vieler israelischer Organisationen wächst, zu Studienzwecken in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. So sind im letzten halben Jahr mehr israelische Delegationen in die Bundesrepublik gereist, als in den vergangenen fünf Jahren zusammen. Die Zeit des Einbahnverkehrs deutscher Reisegruppen nach Israel scheint also zu Ende zu gehen.

Die Haltung der Parteien

Für den deutschen Israel-Besucher besteht die Gefahr, daß er nur mit deutschfreundlichen Kreisen zusammentrifft und dadurch ein einseitiges Bild von der Stimmung im Lande erhält. Die linkssozialistische

Mapam-Partei, die in der Regierungskoalition ist, und die rechtssetzende Cherut lehnen nach wie vor jeden Kontakt mit Deutschen ab, sind zu privaten Gesprächen aber zum Teil bereit. Auf der anderen Seite ist die von der Mapai abgespaltene Rafi-Partei ben Gurions, die in der Opposition steht, besonders deutschfreundlich. Die Haltung der Parteien dürfte in etwa repräsentativ für die Stimmung im Lande sein, wobei ein großer Unterschied zwischen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung gemacht werden muß. Denn die israelische Presse ist im allgemeinen überaus kritisch gegenüber Deutschland.

Mancher israelische Beobachter hat den Eindruck, daß wir glauben, mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen genug getan zu haben. Mit äußerster Wachsamkeit verfolgt man in Israel alle nazistischen und antisemitischen Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Wahlerfolge der NPD haben dort Überraschung und Beunruhigung ausgelöst. Man stellt sich die Frage, ob die deutsche Demokratie wirklich gefestigt oder der Nationalsozialismus schon wieder im Kommen sei. Die Israelis erwarten daher vor allem eine demokratische Erziehung der deutschen Jugend in Schule und Elternhaus. Auch das deutsche Verhalten in der Verjährungsfrage für Naziverbrechen und gegenüber den deutschen Raketentechnikern in Ägypten wird nach wie vor scharf kritisiert.

Was Jerusalem erwartet

Nach israelischer Ansicht muß sich die deutsche Haltung gegenüber den Juden vor allem bei der deutschen Wirtschaftshilfe und bei der angestrebten Assoziierung Israels mit der EWG erweisen. In Jerusalem erwartet man für 1967 und spätere Jahre mindestens wieder den gleichen Betrag an Wirtschaftshilfe wie für 1966. Dabei muß man bedenken, daß die Regierung Eschkol 1966 scharf angegriffen wurde, weil sie die deutschen Kredite an anderer Stelle zu den gleichen Bedingungen hätte bekommen können. In der Assoziierungsfrage erwartet Jerusalem, daß die Bundesregierung in Brüssel das Patronat zugunsten Israels übernimmt. Eine solche Haltung würde auch wesentlich die israelische öffentliche Meinung zugunsten Deutschlands beeinflussen.

Die EWG-Assoziierung ist für Israel lebensnotwendig, nicht zuletzt angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsfäule. Israel ist ganz auf die Absatzmärkte in Europa und in dem USA ausgerichtet, da seine natürlichen Absatzgebiete im Orient aus politischen Gründen abgeschnitten sind. Die Bundesrepublik steht im israelischen Außenhandel nach den USA und Großbritannien an dritter Stelle. Israel kann seine zum Aufbau des Landes notwendigen hohen Importe erst zu rund 50 Prozent durch Ausfuhren abdecken. Der 1964 zwischen der EWG und Israel abgeschlossene Handelsvertrag läuft im Juni dieses Jahres aus; er hat für Israel so gut wie keine handelspolitischen Vorteile gebracht. Eine andere Lösung als die Assoziierung mit dem Gemeinsamen Markt ist für Jerusalem daher nicht akzeptabel. Da Israel bisher außer politisch keinerlei Bindungen eingegangen ist, würde die Assoziierung zur EWG eine grundlegende Reorganisation der israelischen Außenpolitik zur Folge haben. Der Assoziierungsfrage kommt daher nicht nur wirtschaftliche Bedeutung zu. Sie ist vielmehr zum Kriterium für das Verhalten der Europäer und vor allem der Deutschen gegenüber den Juden geworden.